

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/172

Bonn, den 10. September 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1	<u>Der nächste Kanzler kommt bestimmt</u> Er muß nicht unbedingt Kiesinger heißen	37
1a	<u>Sich als Nation bewähren</u> Zum Tag der Heimat 1969 Von Herbert Hupka	41
2 - 3	<u>Der CDU ein Dorn im Auge</u> Theologen werben für die SPD Von Dr. Heinz Kornetzki	67
4	<u>Ostberlin immer unglaubwürdiger</u> FDJ baut vor	33
5 - 6	<u>Auch die Türken gehen bald zur Wahlurne</u> Acht Parteien kämpfen um 450 Stimmen im Parlament Von Dr. Gerhard Hannig	66

Der nächste Kanzler kommt bestimmt

Er muß nicht unbedingt Kiesinger heißen

sp - Man sollte, ohne Ironie, der CDU eine bessere Wahlkampfleitung wünschen. Bei uns häufen sich die Briefe von Bürgern aus dem ganzen Land, die uns ersuchen, wir sollten doch endlich der falschen und die Tatsachen verfälschenden CDU-Parole die Wahrheit entgegenhalten. Angeblich käme es auf den Kanzler an, wird uns geschrieben, wobei doch jeder wisse, daß die CDU schon zweimal die Wähler vor einer Bundestagswahl mit dieser Parole getäuscht habe.

Einige Briefschreiber schicken uns sogar Plakate und Flugblätter von den Wahlkämpfen 1961 und 1965, auf denen dargestellt wird, daß der Wähler sich 1961 für den Kanzler Adenauer und 1965 für den Kanzler Erhard entscheiden müsse.

So sehr es die Kritiker der CDU verwundern mag - wir müssen diesmal die Plakatsmacher der sogenannten Kanzlerpartei in Schutz nehmen. Sie sagen nämlich in der Tat die Wahrheit, allerdings eine halbe Wahrheit, was immerhin schon einiges bedeutet.

Der nächste Kanzler kommt bestimmt! Falsch und irreführend ist jedoch, dem Wähler suggerieren zu wollen, daß es sich hierbei um Kurt Georg Kiesinger von der CDU handeln müsse. Er könnte ja auch Brandt heißen.

1961 war Konrad Adenauer den Wählern als Kanzler empfohlen worden. 1963 mußte er auf Druck seiner eigenen Freunde zurücktreten und Herrn Erhard Platz machen. 1965 kündigten die CDU-Plakate und Flugblätter den Erhard-Kanzler an, obwohl die intimen Freunde und Gegner des früheren Bundeswirtschaftsministers schon ganz genau wußten, daß Erhard nur als Wahllokomotive zu fungieren habe. Tatsächlich wurde besagter Erhard ein gutes Jahr später von seinen eigenen Freunden nach Haus geschickt und an seine Stelle der jetzige Bundeskanzler Kiesinger gehievt. Dies Notabene mit fördernder Unterstützung von Franz Josef Strauß, dessen CSU den eigentlichen Kanzlerkandidaten der CDU, Herrn Schröder, nicht mochte.

Jetzt - wir schreiben 1969 - kommt es wieder einmal auf den Kanzler an. Da kann man nur fragen: **W e l c h e n** Kanzler meint die CDU?

Der nächste Kanzler kommt bestimmt, aber - wie gesagt - nirgends steht geschrieben, daß er der CDU angehört. Er kann auch der SPD angehören.

Und deshalb: Auf den Wähler kommt es an!

+ + +

Sich als Nation bewähren

Zum Tag der Heimat 1969

Von Herbert Hupka

"Ein Volk kann man nicht zur Nation kommandieren, aber ein Volk kann sogar im Zustand der Spaltung sich als Nation bewähren! Ob es nun die Nicht-Heimatvertriebenen, sondern die Einheimischen oder die Heimatvertriebenen aus welchen Gebieten immer oder die Flüchtlinge sind! Hier geht es darum, daß bei allem, was uns getroffen hat, eine Gnade sein kann: daß zum ersten Mal in unserer Geschichte das Ringen um Demokratie mit dem nationalen Bedürfnis nach Einheit der Nation zusammentrifft."

Diese Worte Herbert Wehners aus seiner Ansprache vor dem IV. Kongreß der Ostdeutschen Landesvertretungen am 31. August 1969 in Bad Godesberg darf man wie ein Leitmotiv zum diesjährigen Tag der Heimat auslegen. Es geht um die Solidarität aller Deutschen, es geht um die Bewährung im Zustand der vielfachen Teilung unseres Volkes und Landes, es geht um die Sicherung der Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland, denn nur die Glaubwürdigkeit unserer demokratischen Ordnung ermöglicht eine freiheitliche Deutschlandpolitik.

Das Motto zum Tag der Heimat "Unbeirrt für gerechten Frieden" visiert unmittelbar den Frieden an. Das heißt, daß wir auf den Frieden auch für Deutschland immer noch warten, daß aber nur eine Friedenspolitik uns diesem Ziele näher führen wird. "Friedenssäktate schaffen keinen Frieden", so hat es Helmut Schmidt kürzlich formuliert. Also muß über den Frieden verhandelt werden, unter gleichberechtigten Partnern, ohne daß der eine dem anderen Vorbedingungen, die erst zu erfüllen wären, stellt, ohne Diskriminierung. Nur ein gegenseitiges Entgegenkommen, im wörtlichen und übertragenen Sinn verstanden, wird weiter helfen.

Daß die Vertriebenen selbst eine Verständigung auch mit unseren östlichen Nachbarn anstreben, wurde jetzt erneut versichert, als auf dem IV. Kongreß der Ostdeutschen Landesvertretungen in einer Resolution erklärt wurde: "Wir bekräftigen erneut unseren Willen zur Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn." Darum wird entscheidend bleiben, daß vor allem das deutsch-polnische Verhältnis entgiftet wird.

Dazu kommt, die Realitäten von heute zu erkennen und von ihnen auszugehen, um den Status quo zu überwinden. Wer festschreiben will, was ist, begibt sich jeder Handlungsmöglichkeit und auch des Anspruchs auf Selbstbestimmung, ein Recht, das allen Völkern zusteht.

Aber nur dann, wenn die Deutschen in ihrer Mehrheit Deutschland in freier Selbstbestimmung vollenden wollen, so wie es im Grundgesetz steht, wird das Motto des Tages der Heimat "Unbeirrt für gerechten Frieden" in den politischen Alltag eingebracht werden können.

+ +

Der CDU ein Dorn im Auge

Theologen werben für die SPD

Von Dr. Heinz Kornetzki

Der Professor für Ökumenische Theologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster, Dr. Peter Lengsfeld, ist der CDU ein Dorn im Auge. Seit er sich zusammen mit anderen namhaften Theologen, auch evangelischen, öffentlich für die Wahl der SPD einsetzt, polemisieren christdemokratische Gazetten gegen ihn. "Amtsmissbrauch", "Wahlpropaganda auf krummen Touren" oder "Politischer Klerikalismus wieder im Kommen" sind einige Schlagzeilen. Ein rechtskonservativer Artikeldienst verstieg sich gar zu dem Kommentar: "Die politische Naivität deutscher Professoren hat eine ehrwürdige Tradition"

Die von CDU-Kreisen hochgespielten Argumente gegen die für die SPD werbenden Theologen lauten etwa so: Früher haben die Bischöfe in Hirtenbriefen und manche Pfarrer in ihren Predigten einseitige Wahlreklame für die CDU gemacht. Heute "wird dasselbe von Professoren versucht", wie es in einem Flugblatt hieß. In einem Kirchenblatt wurde gemeint, daß die "parteilichpolitische Agitation" für die Autorität des Priesteramtes "nicht der rechte Turmplatz" sei

Professor Lengsfeld hat diese gezielten Vorwürfe inzwischen schon zurückgewiesen: "Es scheint mir bezeichnend für die mangelhafte Verwurzelung demokratischen Bewußtseins in unserem Lande zu sein, wenn man nicht unterscheiden kann zwischen dem, was ein Amtsträger in Ausübung seines Amtes (Hirtenwort, Kanzel) sagt, und der politischen Meinungsäußerung eines Wählers". Auch den Grund für seinen politischen Einsatz präzisierete Lengsfeld: "Daß Kapläne, Pfarrer, Dechanten und andere Amtsträger der Kirche heute nicht mehr alle eine Partei, sondern sehr verschiedene Parteien wählen, das sollte allgemein bekannt werden. Denn dann erst wäre der psychologische Druck, den die einseitige Wahlempfehlung vieler Jahrzehnte noch immer ausübt, völlig beseitigt und unsere katholische Kirche, was die Wählerbeeinflussung angeht, aus dem Schneider".

Erst wenn jeder Katholik es als Selbstverständlichkeit ansehe, daß die einen so und die anderen so wählen, erst dann werde wirklich keine Partei mehr von vornherein begünstigt und erst dann sei ein handicap für die Demokratie abgebaut, meinte der Theologe. Es müsse

sich herumsprechen, daß keine ideologischen Gründe mehr für oder gegen eine Partei ins Feld geführt werden könnten, sondern nur noch politische. "Die bunte Vielfalt parteipolitischer Überzeugungen ist in der Kirche noch keine offenkundige Selbstverständlichkeit", erklärte Professor Lengsfeld. "Ich möchte helfen, sie herzustellen". In der derzeitigen Übergangsphase sei es deshalb nötig, daß Theologen mit bewußter Angabe ihres Berufs für eine Partei werben, die Jahrzehnte lang von der Amtskirche benachteiligt worden sei, argumentierte Lengsfeld.

"Wie nötig die Angabe meines Berufes bei der SPD-Werbung war, bewies die Reaktion auf meine Initiative", erläuterte der Theologe weiter. Niemand hätte sich seiner Meinung nach daran gestört, wenn er als Beruf "Facharbeiter bei Siemens" oder "Führer bei der Ypsilon-Brannelet" angegeben hätte. "Bei meiner Berufsangabe soll gefolgert werden: also ist jener Peter Lengsfeld, der diesen Beruf hat, offenbar der Überzeugung, daß zwischen seinem Beruf und dem Eintreten für die SPD kein Widerspruch besteht."

Die Theologen-Initiative von Münster macht inzwischen Schule: In Hildesheim hat sich ein enger Mitarbeiter des Bischofs öffentlich zur SPD bekannt. Laut KNA hat der Diözesanpräses der Kolpingfamilie und Referent im Seelsorgeamt, Domvikar Wolfgang Freter, in einer Annonce in einer Hildesheimer Tageszeitung geäußert, "daß gegenwärtig nur von der SPD erhofft und erwartet werden kann, daß die drängenden innen- und außenpolitischen Probleme zu vernünftigen, tragbaren Lösungen geführt werden". Ungeniert forderte der Geistliche auch dazu auf, dem Bundestagskandidaten der SPD (Joachim Raffert) die Stimme zu geben.

In der Bischofsstadt Münster hat jetzt ein weiterer namhafter evangelischer Theologe für die Wahl der SPD plädiert: der Professor für Christliche Gesellschaftswissenschaften Heinz-Dietrich Wendland. "Es wird höchste Zeit, daß die Partei die Regierungsverantwortung übernimmt, die das größere Verständnis für eine lebendige Demokratie hat. Das ist für mich im Augenblick die SPD", erklärte Wendland ebenfalls in einer Zeitungsanzeige. Der CDU/CSU warf der Professor gleichzeitig vor, ihre Politik an "Wunschvorstellungen" statt an "Realitäten" zu orientieren.

Ostberlin immer unglaubwürdiger

FDJ baut vor

E.E. - Schon jetzt bauen sich die DDR-Ideologen eine Rückzugspostion auf, um im Falle einer Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik begründen zu können, warum sie selbst dann weiterhin hart bleiben werden. "Forum", Organ der FDJ für die junge Intelligenz, bringt in seinem ersten August-Heft 1969 einen Artikel unter der Überschrift "Anerkennungsschwindler". Hier wird eine "Konzeption künftiger imperialistischer Deutschlandpolitik" ausgemalt, die bei uns angeblich projiziert wird und die Annexion der DDR durch Anerkennung der DDR zum Ziele haben soll.

"Die formale Anerkennung der DDR ... als psychologisches Narkotikum, das die Bürger unserer Republik einschläfern und sie der westdeutschen ideologischen Aggression ausliefen soll". Gemeint sind Publizisten wie Rüdiger Altmann, Theo Sommer und Peter Bender, denen vorgeworfen wird, die "schrittweise Zersetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und insbesondere der sozialistischen Staatsmacht" anzustreben. Den Vertretern einer neuen Deutschlandpolitik in der Bundesrepublik wird vorgeworfen:

- * "Ihr Unterschied zu der gegenwärtig vorherrschenden Konzeption
- * Bonner Deutschlandpolitik reduziert sich im wesentlichen darauf,
- * daß sie das traditionelle juristische Instrumentarium der potentiellen Aggression, die Alleinvertretungsmaßnahme, durch das ideologische Instrumentarium der Aggression ersetzen, dessen sich
- * der Imperialismus in seinem Kampf gegen den Sozialismus in Europa gegenwärtig bevorzugt bedient."

Warnend heißt es dann zum Schluß, daß, wenn von Anerkennung der DDR die Rede sei, zwischen ihren wahren Fürsprechern und den flexiblen Planungshelfern des Imperialismus zu unterscheiden sei.

So bastelt sich das SED-Regime schon jetzt die Argumente zusammen, mit denen es eines Tages nach erfolgter internationaler Aufwertung auch weiterhin jede Entspannung blockieren will. Wer jetzt etwa im guten Glauben die Anerkennung der DDR fordert, der wird eines Tages mit dem Vorwurf belohnt werden, ein besonders trickreicher Agent des Imperialismus zu sein.

Auch die Türken gehen bald zur Wahlurne

Acht Parteien kämpfen um 450 Stimmen im Parlament

Von Dr. Gerhard Hannig

Genau zwei Wochen nach der Bundestagswahl, am 12. Oktober, gehen auch die Türken zur Wahlurne. Acht Parteien, unter ihnen zwei große, kämpfen um die 450 Sitze des Abgeordnetenhauses. Vor dem Hintergrund erheblicher finanzieller und wirtschaftlicher Schwierigkeiten des Landes und ungelöster schwerwiegender politischer und sozialer Probleme geht der Kampf hauptsächlich um die Rehabilitierung oder weitere Achtung der 1960 durch das Militär gestürzten Politiker der damals aufgelösten Demokratischen Partei des ein Jahr später gehenkten Adnan Menderes, ferner um die Grenzen der religiösen Reaktion auf die kemalistischen Reformen um liberale oder statistische Wirtschaftspolitik und um staatliche Lenkung oder Unabhängigkeit des Rundfunks.

Radikale Elemente, besonders in der unter sich heillos zerstrittenen Studentenschaft, links-extreme und fanatisch reaktionäre Aktivisten verursachen ständig Ruhestörungen und lassen die Gefahr einer Anarchie immer deutlicher werden, zumal die Regierung nichts Wirksames dagegen unternimmt, in der Annahme, die Vernunft werde schließlich von selbst zum Durchbruch kommen.

Die Regierungspartei, die Gerechtigkeitspartei unter dem Ministerpräsidenten Demirel, wird - daran zweifelt niemand - auch diesmal die höchste Zahl von Stimmen auf sich vereinigen. Doch ist es ungewiß, ob sie wie das letzte Mal die absolute Mehrheit (56,9 Prozent) erringt oder weniger als die Hälfte wie bei der inzwischen vorgenommenen Senatsergänzungswahl (49,85 Prozent), so daß es zu einer Koalition kommt. Eine nicht geringe Opposition gibt es selbst in den eigenen Reihen der Partei, die nach 1960 etwas überstürzt von recht heterogenen, nur in der Gegnerschaft gegen İnönü einigen Elementen gegründet wurde.

Die zweitstärkste Partei, die Republikanische Volkspartei unter dem Vorsitz des 85jährigen İsmet İnönü, hatte bei der letzten Parlamentswahl 29,56 Prozent erlangt, bei einer späteren Ergänzungswahl jedoch nur 27,05 Prozent. İnönü sucht mit seinem vor einiger Zeit proklamierten Kurs "Links der Mitte" sich zum Lenker derjenigen wachsen-

den Strömungen im Volk zu machen, die sich auf den Nenner eines gemäßigten Sozialismus bringen lassen. Seine Partei tritt vor allem für Bodenreform, Förderung des Genossenschaftswesens und eine - gegenüber dem Liberalismus der Gerechtigkeitspartei - mehr zum Etatismus neigende Wirtschaftspolitik ein.

Persönliche Rivalität mit İnönü, dessen Nachfolger als Parteiführer er gern werden wollte, veranlaßte ein prominentes Mitglied, Feyzioglu, abzuspringen und unter der Bezeichnung "Partei des Vertrauens" eine neue Partei mit dem Schlagwort "Inönüs neuer Kurs führt zum Linksradikalismus" zu gründen. Feyzioglu spekuliert namentlich auf solche Wirtschaftskreise, die den Sozialismus glauben fürchten zu müssen. Letzter Anteil an der Gesamtzahl der Stimmen: 8,5 Prozent.

Die links-sozialistische Türkische Arbeiter-Partei unter Aybar als Vorsitzenden gewinnt trotz interner Rivalität um die Wahl der Vorstandsmitglieder langsam, aber stetig an Boden, zunächst weniger in der Arbeiterschaft als bei minderbemittelten Intellektuellen. Ihr Stimmenanteil erreicht zuletzt 4,71 Prozent.

Islamisch-konservativ - die Gegner sagen: reaktionär - ist das Programm der Nationalpartei unter Bülükbaşı (zuletzt 6,0 Prozent).

Eine ähnliche Richtung verfolgt die Nationalistische Aktions-Partei, die sich früher Republikanische Nationale Bauern-Partei nannte und an deren Spitze sich Oberst a.D. Türkeş, einst Miturheber des Umsturzes von 1960, geschwungen hat. Seine Spezialität sind die Schaffung und der Einsatz halbuniformierter "Kormandos" zwecks Versammlungsschutz und Störaktionen gegen linksradikale Aktivisten. (Zuletzt 1,98 Prozent).

Die übrigen Parteien haben keine Aussicht, eine nennenswerte Zahl von Stimmen zu erreichen.

Im Hintergrund des gesamten politischen Geschehens steht das Militär, ohne dessen Zustimmung Entscheidungen von größerer Tragweite praktisch nicht denkbar sind. Freilich macht sich auch bei den Offizieren ein Generationen-Problem geltend. Während die älteren Generalstäbler teils streng kemalistisch, teils konservativ denken, neigt ein Teil der jüngeren Offiziere zu Neuerungen in sozialistischer Richtung.

Außenpolitisch treten alle Parteien für Unabhängigkeit der Türkei und - bis auf die Arbeiterpartei - für ein Festhalten an der NATO ein.